



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

5

Mai 2016 / 50. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Intelligente Videotechnik – Unverzichtbar bei der Kriminalitätsbekämpfung

Seite 5 <

DPoIG-Bundeshaupt-
vorstand tagte in Berlin.
Wolfgang Bosbach war
zu Gast.

Seite 19 <

Fachteil:

- Das Erfordernis eines Nötigungserfolges beim Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte
- Führerscheinbeschlagnahme nach Drogenfahrten gemäß § 24 a Abs. 2 StVG





Neuer Rekordhöchststand an Mehrarbeitsstunden Saar-Polizei könnte zwei Wochen zu Hause bleiben!

Nach einer Anfrage der Linken-Politikerin Birgit Huonker im Landtag des Saarlandes wurde von der Landesregierung mitgeteilt, dass sich die Zahl der Mehrarbeitsstunden auf 276 601 (Stand Dezember 2015) beläuft. Das bedeutet einen Anstieg von über 33 Prozent seit 2010. Trotz regelmäßiger Vergütung und Abbau von Mehrarbeitsstunden hat sich ein immenser Berg an Stunden angehäuft. Dieser ist auch sicher dem Abbau von Personal geschuldet, der seit 2012 in der saarländischen Polizei umgesetzt wird. Man könnte jetzt auch plakativ sagen, dass aufgrund der Mehrarbeitsstunden die Mitarbeiter/-innen der Polizei im Saarland gut zwei Wochen zu Hause bleiben könnten.

Wir sehen hier neben finanziellen Anreizen vor allem die Möglichkeit der Schaffung von sogenannten Lebensarbeitszeitkonten. Dies würde jedem Mitarbeiter die Möglichkeit bieten, diese über „mehr“ Arbeit erwirtschafteten Zeiten am Ende noch sinnvoll verwenden zu können.

Eine weitere „Baustelle“ innerhalb der Polizei stellen mittlerweile auch die Krankheitstage dar. Allein 2015 wurden über 61 380 Tage registriert. Somit fehlten rein rechnerisch 275 Vollzeitmitarbeiter im abgelauenen Jahr. Dazu kommen noch circa 90 Stellen, die aufgrund von Teilzeit, Elternzeit oder

Mutterschutz (Beschäftigungsverbot) nicht ausgefüllt werden. Diese Zahl wird sich mit Blick auf die steigende Einstellung von Mitarbeiterinnen sicher erhöhen. Somit ergibt sich bereits aktuell ein Defizit von über 365 Vollzeitstellen in der Polizei des Saarlandes. Wenn man bedenkt, dass der Personalabbau von 300 Beamtenstellen und circa 40 bis 50 Tarifstellen vorgesehen ist, dann wären wir rechnerisch bereits mit diesen Fehlstellen über das Ziel hinaus. Die Zahlen des Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) aus 2015 zeigen hier auch deutlich, dass bei über 400 BEM-Verfahren (Voraussetzung mindestens 30 Fehltag im Jahr) die Zahl der „Langzeitausfälle“ stetig steigt.

Wir sehen diese Entwicklungen sehr kritisch. Zeigen sie doch, dass die Belastungen innerhalb der Polizei deutlich gestiegen sind. Und viele Mitarbeiter/-innen dem gestiegenem

Druck durch weniger Personal und steigende Aufgaben nicht dauerhaft Stand halten. Diejenigen, die dann noch da sind und ihren „Strang“ ziehen, müssen die Ausfallzeiten und somit die Aufgaben der ausgefallenen Kollegen/-innen kompensieren. Dies führt zu einer weiteren Verschärfung der Belastung, da ein dauerhaftes Fahren über 100 Prozent keiner schadlos aushält (Thema: Burn-out).

Natürlich wäre es jetzt einfach als Gewerkschaft, nun nur mehr Personal zu fordern. Wir als DPoIG möchten die Problematik aber an mehreren Stellen bekämpfen. Daher fordern wir darüber hinaus, dass Vorkehrungen im Stellenplan getroffen werden, die planbare und längerfristige Abwesenheiten wie zum Beispiel Teil-/Elternzeit durch zusätzliche Stellen kompensieren. Auch ist das Thema (wir fordern es gebetsmühlenartig!) Aufgabekritik für uns weiterhin sehr wichtig. Wir fordern die Schaffung einer Expertenkommission, die sich mit der Frage beschäftigt, was Polizei noch leisten kann und muss. Und darüber hinaus, was von anderen übernommen werden kann (polizeifremde Tätigkeiten). Auch das Thema „Gesundheitsvorsorge“ kommt uns bis dato noch viel zu kurz in der Polizei. Viele Kollegen/-innen haben jedoch bereits Interesse an dieser Thematik gezeigt. Gerade Seminare wie „Gesundheits- und Präventionssport“ liegen hoch im Kurs. Hier gilt es, weitere Angebote zu schaffen, die vor allem auch den durch Wechselschichtdienst betroffenen Mitarbeitern/-innen ge-

recht werden. Wir sehen auch Potenzial bei der Frage der Nutzung von Telearbeit (Heimarbeit). Dort wo verwaltende Tätigkeiten vorherrschen, würde dies zu weniger Teilzeit- und zu mehr Vollzeitbeschäftigung führen. Gerade die Kitastreiks im vergangenen Jahr haben gezeigt, dass Arbeitgeber, die flexible Arbeitszeitangebote machen, ihren Mitarbeitern/-innen deutlich helfen konnten. Wir haben als DPoIG auch in diesem Zusammenhang die Frage mit Vertretern des Ministeriums erörtert, ob die Einrichtung eines sogenannten „Behördenkindergartens“, der analog der regulären Dienstzeiten der Beschäftigten eingerichtet werden könnte, vorteilhaft wäre. Aus unserer Sicht könnte man hier zum Beispiel eine Kooperation mit der Kita des Deutsch-Französischen Gymnasiums prüfen.

Das ständige Laborieren an der Struktur der Polizei ist nach unserer Auffassung endlich. Man könnte auch sagen: Die Polizei hat die „Bi-Polarität“ der Mitarbeiter „noch“ nicht erfunden. Somit bleibt festzustellen, dass die Rahmenbedingungen zur Dienstverrichtung verbessert werden müssen, um das fehlende Personal möglichst besser zu kompensieren.

Am Ende bleiben wir aber auch bei der Auffassung:

Wir brauchen eine Ende des Personalabbaus und die Erhöhung der Einstellungszahlen. Denn Polizei gibt's auch nach 2020 garantiert noch (nur wie viel, wissen wir noch nicht)!

DPoIG – für eine starke Polizei!

Impressum:

Redaktion:
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)
Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553
Internet: www.dpolg-saar.de
E-Mail: info@dpolg-saar.de
ISSN 0937-4876



> Einkommensrunde 2016

dbb kämpft für uns!

Die ersten Verhandlungen der Tarifparteien starteten in der Fastenzeit vor Ostern.

Die Arbeitgeber von Bund und Kommunen meinten deshalb, zum Auftakt der Einkommensrunde 2016 noch einmal Magerkost anbieten zu können. „Eigentlich muss man sogar – wie erwartet – von einer Nulldiät sprechen“, befand dbb Verhandlungsführer Willi Russ, „denn auch in diesem Jahr haben die Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite vor dem Auftakt kein Angebot vorgelegt. Ziel führend ist das aber nicht.“

Der Auftakt in Potsdam am 21. März 2016 wurde begleitet von einigen Hundert Beschäftigten, die lautstark unter anderem sechs Prozent mehr Einkommen forderten.

Gerade mit Blick auf unsere Forderung der inhaltsgleichen Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamten sind wir gespannt, wie sich die Verhandlungen in den nächsten Wochen darstellen werden. ■

ÖFFENTLICHKEITSVERANSTALTUNG

34. Fest mit der Polizei



Standard - und Leben A Vision - ALINE TRIESCH und CEDRIC KEFER



Rock'n Roll Akkaste - LEA ANDRES und MARC KRAUSS

Unterhaltung vom Feinsten mit der **Tanzsportgesellschaft Blau-Gold e.V.**

Zum Tanz spielt die **Big Band des Polizeiorchesters des Saarlandes**



Samstag, den 21. Mai 2016, 20.00 Uhr, Riegelsberghalle
19.00 Uhr Einlass mit SEKTEMPFANG



DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT im dbb Landesverband Saarland

– Karten an der Abendkasse, Eintritt: 9 Euro –



Projekt „OpE SL“ – Stand der Dinge

Mittlerweile ist das Thema OpE in allen Bereichen der Polizei angekommen. Und somit wird auch überall sehr kontrovers darüber diskutiert. In Anbetracht der enormen Veränderungen, die durch die Schaffung dieser Einheit in der saarländischen Polizei bevorstehen, ist das aus unserer Sicht auch sehr wichtig. Denn nur ein offener/transparenter Umgang mit dem Thema kann zum Erfolg führen.

Wichtige Marker:

- > Starttermin wird der 6. März 2017 sein
- > Der Mindestinterventionsstandard soll durch den WSD gewährleistet werden
- > Aufgaben- und Einsatzspektrum: Intervention (circa 70 Prozent) und Einsatzlagen (Zeitlagen mit Erfordernis geschlossener Einheiten)
- > OpE-Kräfte stehen für alle Polizeiinspektionen nur nach Anforderung über LPP 11 Führungs- und Lagezentrale zur Verfügung

- > OpE ist eine eigenständige Organisationseinheit, die der Standort-PI-Leitung unterstellt ist
- > Sechs Standorte: PI HOM, PI NK, PI SB-St. Joh., PI SB-Bur, PI Saarlouis, PI WND (nicht abschließend geklärt)
- > Anpassung der Mitarbeiterzahl im WSD der B-Plen auf 20 Vollzeitstellen

Wichtig: Wir bestehen an dieser Stelle auf Freiwilligkeit, das heißt es darf keine (Zwangs-) Umsetzungen zur Erreichung der Stellenzahl 20 erfolgen.

Somit wird es anfangs auch Dienststellen mit mehr als 20 Vollzeitstellen geben.

- > Anzahl: voraussichtlich 110 OpE-Kräfte
- > Der Mindestinterventionsstandard wird weiter von den Dienststellen sichergestellt
- > OpE-Kräfte sollen Belastungsausgleich unter den Plen sicherstellen
- > Es wird einen Rahmendienstplan geben (unter anderem werden pro Standort samstags 1:9 Kräfte im Dienst sein; Sonntag ist in der Regel kein Dienst)
- > Die Möglichkeit der Erlangung der Erschwerniszulage soll gewährleistet sein
- > Führungsstruktur:
 - a) Hundertschaftsführung (im Nebenamt!)
 - b) OpE-Standort-Leiter (analog Zugführer) und Vertreter
 - c) Gruppenführer und Stellvertreter

- > Sachbearbeiterstelle in der OpE wird auch als Erstverwendung vorgesehen
- > Personal wird mit Zuteilungstermin 2016 bis zum Beginn Wirkbetrieb 2017 dem WSD der Standort-PI zugewiesen (Grundausbildung)
- > Es sind vier Tage Fortbildung innerhalb von zehn Wochen vorgesehen

Ab Mai werden Stellen für die OpE im Rahmen der regulären Stellenausschreibung bekannt gegeben.

Wir sind als Gewerkschaft und in den Personalvertretungen eng in die Planungen der Projektgruppe eingebunden. Daher werden wir weiterhin ein kritisches Auge auf die Entwicklung dieser neuen Einheit werfen. Gerne nehmen wir auch Anregungen und Hinweise unserer Mitglieder hierzu auf. Einfach über info@dpolg-saar.de melden. ■



Mitteilung der Vertrauensperson und Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen beim Ministerium für Inneres und Sport, Norbert Minninger:

Medizinische Reha kann ab April jeder Arzt verordnen

Ab April wird das bisherige zweistufige Antragsverfahren vereinfacht (Bericht des VdK)

Die Verordnung von medizinischer Rehabilitation wird in Zukunft deutlich einfacher. Das viel kritisierte zweistufige Antragsverfahren der gesetzlichen Krankenversicherung wird damit abgeschafft. Die Änderungen treten zum 1. April 2016 in Kraft.

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) hat die entsprechend überarbeitete Reha-Richtlinie beschlossen. Der G-BA, in dem der Sozialverband VdK als Patientenvertretung mit berät, ist das oberste Beschlussgremium der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Krankenhäuser und Krankenkassen in Deutschland. Er bestimmt in Form von Richtlinien den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für mehr als 70 Millionen Versicherte und legt damit fest, welche Leistungen der medizinischen Versorgung von der GKV erstattet werden.

Ab April können Ärzte medizinische Rehabilitationsleistungen direkt auf einem Formular verordnen. Bisher mussten sie auf einem Extraformular vor der eigentlichen Verordnung prüfen lassen, ob die gesetzliche Krankenversicherung leistungspflichtig ist. Diese Prüfung ist dann nicht mehr vorgeschrieben.

Zudem kann künftig jeder Arzt eine medizinische Reha verordnen. Bisher durften das nur jene Mediziner, die über eine rehabilitationsmedizinische Qualifikation und damit eine Extragenehmigung verfügten. Für Patienten ist dies eine Verbesserung, denn sie können die Reha nun auch von ihrem Hausarzt verordnet bekommen.

„Patienten wünschen sich schon lange einen schnellen und unbürokratischen Zugang zu Rehabilitationsmaßnahmen, vor allem auch aus der ambulanten Versorgung. Daher ist es gut, dass die Rehabilitationsrichtlinie endlich dahingehend überarbeitet wurde“, begrüßt VdK-Präsidentin Ulrike Mascher die Änderung.

Die Vereinfachung im Antragsverfahren sagt jedoch nichts darüber aus, ob die Reha von der Krankenkasse bewilligt wird. Generell gebe es viel zu wenig ambulante, wohnortnahe Reha-Angebote. „Die Krankenkassen stellen die Rehabilitationsfähigkeit gerade älterer Patienten häufig infrage und lehnen den Reha-Antrag ab“, so die VdK-Präsidentin. In knapp 70 Prozent der Fälle hätten die Gutachter des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) eine Reha-

Eignung verneint. Nur etwa jeder fünfte Antrag auf eine Reha wird bewilligt. Bei einer Absage hat man einen Monat Zeit, Widerspruch einzulegen. Der VdK rät, auf jeden Fall auf einen schriftlichen Bescheid zu bestehen und eine mündliche Absage nicht zu akzeptieren. Der Sozialverband VdK ist seinen Mitgliedern behilflich, Widerspruch einzulegen.

Auch die 2007 eingeführte mobile geriatrische Rehabilitation habe immer noch Modellcharakter und kom-

me in der Regelversorgung kaum vor. Der Gesetzgeber sei aufgefordert, der Rehabilitation angesichts des steigenden Lebensalters und der immer längeren Lebensarbeitszeit künftig die Bedeutung zu sichern, die ihr zukomme. Denn Rehabilitation trägt wesentlich dazu bei, drohende Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder wenigstens hinauszuzögern. ■

Erreichbarkeit der Vertrauensperson und Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Menschen beim Ministerium für Inneres und Sport:

Norbert Minninger
(Vorsitzender der Schwerbehindertensondervertretung)

Hellwigstraße 8–10
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681.9629060
Telefax: 0681.9629065

> Wir gratulieren . . .

. . . zum Geburtstag im Monat Mai

Norbert Walle (64)

Jürgen Andres (64)

Rainer Spanier (62)

Karl-Heinz Wilhelm (63)

Reiner Weyer (64)



Für eine starke Polizei ... mehr Anwarter/-innen in den Polizeidienst ab 2016!

Die JUNGE POLIZEI der DPoIG startete am 15. April 2016 ihre Aktion zur Erhöhung der Einstellungszahlen der Kommissaranwärter/-innen in die Polizei. Nachdem die Einstellungszahlen in einigen Bundesländern und im Bund teilweise bis zu 50 Prozent erhöht wurden, sah sich die JUNGE POLIZEI der DPoIG bestärkt in ihrer immer wieder vorgebrachten Forderung, die Einstellungszahlen weiter zu erhöhen. Aus unserer Sicht ist es „höchste Eisenbahn“! Die Polizei im Saarland ist weiterhin vom Stellenabbau stark betroffen. Diesen befürworten wir auch weiterhin nicht. Blickt man aber in die nahe Zukunft, dann wird deutlich, dass die Einstellungen ab 2016 frühestens ab 2020/2021 (mit Anlernphase) zur Verfügung stehen werden. Dann werden wir die „Spar-Jahre“ schmerzlich spüren, in denen zu wenige Polizeianwärter/-innen eingestellt worden sind. Polizisten gibt es aber nicht auf Zuruf oder bei akutem Bedarf auf dem freien Arbeitsmarkt, anders als zum Beispiel Lehrer.

> **Jede Stelle, die heute nicht besetzt wird, fehlt morgen.**

Daher fordern wir die Politik auf, die „Scheuklappen“ abzuliegen und beim Personal für die Polizei nachzusteuern. Die JUNGE POLIZEI hat sich daher dazu entschieden, ihre Forderung nach einer Erhöhung der Einstellungszahlen verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen. Als eine Aktion hat sie daher auch eine Onlinpetition hierzu gestartet. Den Link findet man auf der Homepage der DPoIG

Saarland (www.dpolg-saar.de) oder direkt über dem QR-Code auf unseren Plakaten.

Also: Gebt uns eure Stimme ... für eine starke Polizei ... ab 2016!

Euer Team der JuPo

